Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.
—
Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.
—
Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 28. Sonnabend den 2. Februar. 1850.

Inhalt.

Berlin, den 30. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem bei dem Kreisgerichte in Wittenberg angestellten, als Gerichts-Kommissarius zu Zahne fungirenden Kreisgerichtsrath Karl Heinrich Lippold und dem Assistenz-Arzt Bornemann des 29. Infanterie-Regiments den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; so wie den Regierungs- und Schulrath Textor in Stettin zugleich zum Konsistorial-Rath und Mitgliede des Konsistoriums der Provinz Pommern; und den katholischen Militair-Prediger Menke in Münster zum Regierungs- und katholisch-geistlichen und Schulrath bei der dortigen Regierung zu ernennen.

Se. Durchlaucht der Fürst zu Hohenlohe-Oehringen ist nach Oehringen abgereist.

Berlin, den 31. Jan. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Kammerherrn Grafen von Galen zu Allerhöchstihrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königl. Sächsischen und bei den Thüringischen Staaten zu ernennen.

Se. Excellenz der Herzoglich Anhalt-Deßauische Staats-Minister von Plötz ist von Deßau hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein ist nach Braunschweig abgereist.

Berlin, den 1. Februar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kaiserlich Oesterreichischen Hauptmann im Genie-Corps, Baron von Scholl, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem General-Post-Kassen-Kontrolleur Kathe und dem Geheimen General-Postamts-Kanzlei-Inspektor Wolf, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Matrosen Heinrich Fröse der 2. Sektion der 2. Flotillen-Division, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Deutschland.
Wahlangelegenheit.

β Posen den 1. Febr. Heutigen Tages ist manches schwer zu begreifen, was dreisthin für richtig ausgegeben wird; wir rechnen dahin die in der heutigen Zeitung ausgesprochene Behauptung, daß der Vaterlandsverein durch die Niederlage seines Kandidaten bei der jüngsten Deputirtenwahl einen entschiedenen Sieg davon getragen habe, weil gegen einen solchen Gegner, wie Hr. Flottwell, nicht aufzukommen gewesen. Nach dieser Art von Beweisführung wären alle Niederlagen, die weiland Napoleon seinen Gegnern beigebracht, eben so viele Siege der Letzteren gewesen, weil gegen einen solchen Feldherrn wie Napoleon, nichts auszurichten war. Denn daß der genannte Verein Hrn. Flottwell selbst gewählt haben würde, wenn u. s. w. —, möchten wir denn doch bezweifeln. Hr. Flottwell gehört allerdings der Rechten an und ist ein entschiedener Monarchist, aber gewiß nicht im Stahl-Gerlachschen Sinne! — Nun, gönnen wir dem Verein diesen Trost; — ein guter Christ muß sich immer zu trösten wissen! Daß Flottwell, wie in dem angegebenen Artikel vorausgesetzt wird, die Wahl jedenfalls ablehnen werde, dürfte so ausgemacht denn doch nicht sein. Hrn. Flottwell's Stellung in Königsberg ist eine interimistische. Der Ober-Präsident von Preußen, Hr. v. Auerswald, jetzt Mitglied der ersten Kammer, wird jedenfalls nach dem am 26. Februar erfolgenden Schluß derselben auf seinen Posten zurückkehren und dann dürfte Hrn. Flottwell die Mission nach Erfurt vielleicht ganz willkommen sein. Die Behauptung, daß er jedenfalls in der Provinz Preußen selbst werde gewählt sein, kann wohl, als willkürliche Voraussetzung, für Posen keinen Grund abgeben, ihn nicht zu wählen. Eine andere Frage aber ist es, ob Hr. Flottwell wirklich der Mann ist oder vielmehr noch ist, für den man ihn hält, und auf diese Frage hört man von vielen Seiten eine zweifelnde Antwort geben. Nun, wir müssen die Antwort des Hrn. Flottwell abwarten; eine Wahlerneuerung ist aber auch kein Unglück, zumal bis dahin ein Jeder sich selbst darüber Rechenschaft ablegen kann, wem er nach bester Ueberzeugung, und nicht von fremdem Einfluß überrumpelt, seine Stimme zu geben haben wird.

☾ Berlin, den 29. Januar. So sehr hier auch für die ehemaligen Frankfurter Abgeordneten agitirt wird, so ist doch keine Aussicht auf Erfolg. — Wir wollen Preußen, Männer aus unserer Stadt, die unser Interesse, den übrigen Staaten gegenüber, vertreten, so tönt's überall wieder! Berlin soll sich nicht auf's Neue ein geistiges testimonium paupertatis ausstellen u. dgl. m. — Darum sind auch alle grandiosen Anstrengungen für v. Gagern von Seiten der Männer umsonst, die ihm seiner Zeit das Ehrenbürgerrecht überbracht haben, und die ihm gar zu gern im 2. Wahlbezirk, zu dem der Bürgermeister Naunyn, Stadtrath Bock, Stadtverordneter Schaeffer u. s. w. als Wahlmänner gehören, durchbringen möchten. — Gesichert dagegen sind die Wahlen vom Minister v. Manteuffel, von dem Abgeordneten v. Patow und von dem Unterstaats-Secret. v. Bülow. Der Minister v. Manteuffel sollte in allen Wahlbezirken gewählt werden; er hat sich aber bereits für den 3. erklärt, wo mit Ausnahme von 3 sämmtliche Stimmen für ihn waren. Herr v. Patow, vom Prof. Heydemann nachdrücklich empfohlen, wird im 2. Wahlbezirk gewählt; sein Gegenkandidat ist von Gagern. Der Gegenkandidat des Herrn von Bülow ist der Abgeordnete Beseler.

Die Pairskammer fängt hier an populär zu werden und das bei einem Stande, der sich seither immer in der Opposition befand, bei unserm Handwerkerstande. Die Handwerker blicken jetzt mit neuen Hoffnungen in die Zukunft; sie sehen mit einem Male durch diese Institution ihre Lage verbessert und erwarten von ihr einen bedeutenden Aufschwung der Gewerbverhältnisse. Diese Leute calculiren gewiß ganz richtig; denn jedenfalls ist voraus zu sehen, daß der Aufenthalt der Pairs in unserer Stadt Aufwand erfordern, also auch Verdienste mit sich führen wird (?).

Man spricht hier neuerdings wieder viel von der Errichtung einiger Wärme-Säle. Die Idee ist nicht neu; wir erinnern uns, daß Nauwerk zuerst damit hervortrat und zwar zu der Zeit, als die Stadtverordneten-Versammlungen anfingen öffentlich zu werden. Nauwerk wollte damit Volksbibliotheken verbinden, stieß aber mit seinem Projekt auf bedeutenden Widerstand. Auch wir können einem derartigen Unternehmen, will man nicht etwa den Zweck demokratischer Propaganda dabei verfolgen, nicht das Wort reden. Nimmt man das Geld, was Miethe, Holz, Erleuchtung und die als Aufseher fungirenden Beamten absorbiren und kauft allein dafür Holz, das man unter die Armen vertheilt, so erweis't man ihnen unstreitig damit eine größere Wohlthat. Der arme Handwerker kann sich dann zu Hause eine warme Stube machen und ruhig bei seiner Arbeit bleiben. Man weise doch nur nicht bei jeder Gelegenheit auf England. Daß dort dergleichen Anstalten bestehen, wissen wir allerdings, ob sie aber etwas Gutes stiften, wissen wir nicht. — In No. 23. Ihrer Zeitung bringen Sie einen Bericht über den Congreß des Treubundes mit Gott für König und Vaterland, worin der Vorstellung des Fürstbischofs von Breslau Erwähnung geschieht. Eine Widerlegung der Thatsache, welche die Neue Preuß. Ztg. in einem Artikel aus Breslau bringt, veranlaßt uns zu der Erklärung, daß das Angeführte vollständig auf Wahrheit beruht. Diese Angelegenheit ist uns nicht erst durch die Congreß-Verhandlungen bekannt geworden, wir haben sie sogar direkt von dem Manne, gegen den der Fürstbischof diese Auslassungen gemacht und dem er die Person bezeichnet, die er vorzugsweise in den großen Bundesrath aufgenommen zu sehen wünscht.

Der Posener Frühzug am Sonntag hat sich auffallend verspätet. Reisende, welche bereits am Sonntag Abend hier erwartet wurden, kamen erst Montag Mittag 1 Uhr an. Bedeutende Anhäufungen von Schnee auf der Bahn haben diese Verspätung nach dem Bericht der Reisenden herbeigeführt. Ihre Zeitung vom Sonntag ist erst heute ausgegeben worden. — Das Gerücht von einem bevorstehenden Ministerwechsel erhält sich noch immer. Man will wissen, daß der Ministerpräsident Graf Brandenburg, von Manteuffel und v. Ladenberg bleiben, die Portefeuilles der übrigen Minister aber in andere Hände übergehen würden. Der Minister v. Ladenberg war ebenfalls im 2. Wahlbezirk als Candidat vorgeschlagen, lehnte die Candidatur aber mit dem Bemerken ab, daß dringende und wichtige Arbeiten ihn jetzt beschäftigten und seine Abwesenheit nicht gestatteten. — Soeben höre ich, daß der Candidat des 4. Wahlbezirks, Bodelschwingh, der Vorsitzende des Deutschen Verwaltungsrathes ist. — Auch Radowitz wird genannt, doch soll dessen Wahl in einem auswärtigem Wahlkreise schon gesichert sein. — Camphausen wird in Köln gewählt.

Berlin, den 29. Januar. (Const. Ztg.) Die Versammlungen des zweiten größeren Wahlkreises wurden am 25. d. M durch den Prof. Hensel (in Abwesenheit des Justizraths Geppert) eröffnet. Es wurde zur Bildung eines Comité's geschritten und dasselbe gebildet aus den Herren Geppert, Graf Oriola, v. Merckel, Hensel, Höppe, Firmenich. Als Kandidaten unterstützt wurden: die Minister v. Brandenburg, v. Manteuffel, v. Ladenberg und von Strotha, ferner v. Patow, von Grollmann, v. Jordan, Freiherr v. Vincke, Camphausen, Heinrich v. Gagern, v. Radowitz, Justizrath Geppert. Diese Vorgeschlagenen, soweit sie hier anwesend sind, wurden eingeladen, in der nächsten Versammlung zu erscheinen. So viel verlautet, hat die Mehrzahl zugesagt. — In dem vierten Wahlbezirk ist fast einstimmig der Minister v. Manteuffel vorgeschlagen. Es ist dies derselbe Bezirk, welcher auch den Minister für die zweite Kammer gewählt hat. Der Herr General Wrangel lehnte im zweiten Wahlbezirke die Kandidatur ab.

— In gut unterrichteten Kreisen will man wissen, so berichtet die Vossische Zeitung, daß der Erzbischof von Gnesen, welcher angeschuldigt war, sich stets mit Hintansetzung der Preußischen Interessen der Sache der Polen anzunehmen, auf eine deßhalb beim heiligen Vater in Gaeta, Seitens der Preußischen Regierung angebrachte Beschwerde eine ernste Verwarnung erhalten habe. Herr v. Przyluski soll deßhalb sehr ungehalten nach Berlin geschrieben haben.

— In der Nacht vom 27. zum 28. starb hier im 86sten Jahre an der Lungenentzündung der Hof-Bildhauer u. Direkt. der Akademie der Künste Dr. G. Schadow. Im Jahre 1788 ward er Rektor und später Direktor der Akademie und führte seit dieser Zeit seine bedeutendsten Werke aus. Wir erinnern nur an Friedrich II. in Stettin, Ziethen und den „alten Dessauer" auf dem Wilhelmsplatz, an das Modell zur Quadriga auf dem Brandenburger Thore in Berlin, an Blücher in Rostock und Luther in Wittenberg. Er war bis zu seinem Tode im Amte thätig. Hier am Orte war auch außer seinen Künstlerkreisen fast Niemandem der freundliche Greis unbekannt. (St. A.)

Berlin, den 31. Jan. (St.-Anz.) Zu Abgeordneten für das Erfurter Volkshaus sind heute in den vier Wahlkreisen der Hauptstadt gewählt worden: der Minister-Präsident Graf von Brandenburg, Minister von Manteuffel, Staats-Minister a. D. und Vorsitzender des Deutschen Verwaltungsrathes von Bodelschwingh, und Graf von Bülow, Gesandter zu Hannover.

Königsberg, den 25. Januar. (D. R.) Die Betheiligung an den gestern hier stattgefundenen Wahlen der Wahlmänner zum Volkshause in Erfurt war größer, als man erwartet hatte. Die Wahl kam in allen 24 Wahlbezirken für Civilpersonen und in den Militair-Wahlbezirken zu Stande und nur in vier Bezirken waren keine Wähler zur zweiten Abtheilung, so wie auch im ersten Militair-Wahlbezirk keine Wähler für die erste Abtheilung vorhanden.

— Aus unserer Hafen- und Nachbarstadt Pillau geht uns aus zuverlässiger Quelle die Nachricht zu, daß man dort alle möglichen Intriguen spinne, um den durch seine demokratischen Bestrebungen und Manifestationen bekannten Prorektor Zander zum Bürgermeister zu wählen.

— Es hat sich hier die Nachricht verbreitet, daß das von der Altstadt gebildete Bataillon Bürgerwehr sich bereits mit Zündnadel-Gewehren versehen hat, die von einer Fabrik unter Gutsagung einiger wohlhabender Bürgerwehrmänner geliefert sind. Jeder Empfänger eines Gewehrs bezahlt dasselbe in monatlichen Raten von 5 bis 10 Sgr. Die übrigen Bataillone der Bürgerwehr stehen noch wegen gleicher Beschaffung der Waffen in Unterhandlung.

△ Erfurt, den 27. Januar. Auch die übermäßig strenge Kälte, welche in vergangener Woche in unserer Gegend eintrat und hier sogar die Schließung der öffentlichen Unterrichtsanstalten veranlaßte, konnte doch den eiligen Bauarbeiten zum Umgestalten der Augustinerkirche in das Sitzungslokal des Parlaments nicht Einhalt thun, mit solchem Eifer wird dieser Bau betrieben. Eiligst wurden, wo es sich thun ließ, in den weiten Räumen Heizungen angebracht, zur Kalkbereitung wurde heißes Wasser angewendet, und der Sand wurde auf eisernen Platten heiß gemacht. Es hat sich in den sonst so stillen heiligen Räumen ein unendlicher Lärm und bis jetzt auch eine unendliche Verwirrung entwickelt. Uebrigens sind diese Räume, in denen nun ein neues Deutsches Reich erbaut werden soll, durch ihre ältere, wie durch ihre neuere Geschichte merkwürdig, und von guter Vorbedeutung ist es für das bevorstehende Deutsche Verfassungswerk, daß sich an sie das Andenken des Mannes von ächt Deutscher Geistestiefe knüpft, des Dr. Martin Luther. Das alte Augustiner-Kloster, an dessen Pforte einst der junge Luther sich Einlaß erbat, um in den Mönchsstand zu treten, enthält jetzt zwei verschiedene Theile, einen älteren, in welchem das evangelische Waisenhaus eingerichtet ist, und einen vor wenig Jahren in schöner gothischer Architektur neu aufgebauten Theil, welcher das Martinsstift bildet; an beide stößt, durch innerliche Zugänge verbunden, die Augustiner-Kirche. In dem Waisenhause wird noch dem Reisenden die Zelle Luthers gezeigt, in welcher er die großen Vorgänge seines Gemüths erlebt hat, in der Kirche der Grabstein, auf welchem er die Priesterweihe empfangen hat, so wie er nachmals in dieser Kirche auf seinem Wege nach Worms eine merkwürdige Predigt gehalten hat. (Schluß folgt.)

Hamburg den 27. Januar, Mittags. (D. Ref.) Ein Extrablatt der „Börsenhalle" brachte auf telegraphischem Wege den gestrigen Beschluß der zweiten Kammer und damit die Nachricht von der Erledigung der Königl. Botschaft und Beendigung der Krisis. In Folge dessen war trotz des Sonntages das Geschäft in Fonds und Eisenbahn-Effekten sehr belebt, von denen der größte Theil eine merkliche Baisse zu erfahren hatte.

Aus Kopenhagen haben wir seit dem 17. d. M. keine Nachricht, da das Eis im Belt so stark ist, daß die Kommunikation zwischen Fühnen und Seeland gänzlich gehemmt ist, erhalten jedoch so eben Nachricht aus Nyborg vom 22. d. M., von wo aus gemeldet wird, daß sämmtliche Eisböte, Passagiere und Matrosen, letztere beiden wohl 160 an der Zahl bei Sproghoi sich befinden. Die Ueberfahrt war jedoch unmöglich; bevor diese aber nicht hergestellt, ist an eine Kommunikation zwischen Fühnen und Seeland nicht zu denken, und so lange bleiben auch wir von dort ohne alle Nachricht. In Nyborg ist auf telegraphischem Wege von Kopenhagen gemeldet, daß der größte dänische Dichter, Adam Oehlenschläger, mit Tode abgegangen ist.

Weimar, den 21. Januar. So eben wurde in unserem Landtage zu §. 54 des Verfassungs-Entwurfs das suspensive Veto von einer kleinen Majorität angenommen. Es soll sich nur auf Gesetz-Entwürfe, nicht auf die Verfassung erstrecken. Die bedeutendsten Redner für waren die Abg. Fries, Trunk, Vice-Präsident Schüler; gegen: die Minister v. Watzdorf, v. Wydenbrugk, die Abgeordn. Lairiz, Maul. Einer Genehmigung dieses Landtags-Beschlusses von Seiten des Großherzogs kann die Versammlung nach den Ansichten der Minister nicht wohl entgegensehen, eher einer Auflösung der Kammer. Doch wird das Letztere auch nicht eintreten, weil die Landtags-Arbeiten an ihrem Ende sind. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

— Ueber den Zwist zwischen der Ober-Commandantur (F.-M.-L. Schirnding) und der Commandantur (dem Preuß. Major Deetz) schreibt man der Augsb. „Allg. Z." aus Frankfurt vom 18. Jan.: Ober-Commandant und Commandant, beide wohlmeinende Männer, standen in gutem Vernehmen, als der letztere in diesen Tagen von der Taunus- und Main-Neckar-Eisenbahn die dort zur Zeit der Crawalle zuerst aufgestellten Wachtmannschaften, über deren Betragen vielfache Beschwerde einlief und deren Zweck erfüllt war, einzog. Er meldete dies dem Ober-Commandanten. Ob dieser die erst nach geschehener Sache gemachte Anzeige übel nahm oder etwas Anderes ihn bestimmte, genug — er befahl dem Adjutanten des Majors Deetz, die Wachtmannschaften wieder hinzustellen, worauf dieser, dem Vernehmen nach ein Frankfurter Offizier, ganz ordnungsgemäß erwiderte: er werde seinem Vorgesetzten sogleich davon Meldung thun, worauf der General den alten Befehl heftig wiederholte und abermals die Antwort erhielt: Er werde dem Hrn. Major Deetz von dem Befehle Sr. Excellenz sogleich Meldung thun; er habe aber kein Recht, den Befehl selbst und unmittelbar in Vollzug zu setzen, ohne die Weisung dazu von seinem unmittelbaren Vorgesetzten zu erhalten, von dem er dieser

halb die strengsten Befehle habe. Darauf schickte der General den Offizier in Untersuchungshaft, die noch dauert. Das Benehmen des letzteren scheint übrigens nicht blos untadelhaft, sondern auch lobenswerth zu sein, und so urtheilen auch alle Offiziere, die Oesterreichischen eingerechnet. Selbst der Prinz von Preußen soll sich dahin ausgesprochen haben. Es läßt sich nicht erwarten, daß die Sache weitere Folgen haben werde. Man meint, der General werde sie selbst, wenn die erste Aufregung vorüber, fallen lassen. Wenigstens wäre es übel, wenn der Offizier, der nur seine Pflicht that, einen etwaigen Groll zwischen Oesterreichern und Preußen ausbaden müßte.

Oesterreich.

Wien, den 21. Januar. Der Erzherzog Johann langte mit seiner Gemahlin und seinem Sohne, dem Grafen von Meran, vorgestern, am Vorabende seines 68sten Geburtsfestes, in Graz an, und wiewohl er sich alle Empfangsfeierlichkeiten verbeten hatte, so war doch eine zahlreiche Volksmenge herbeigeströmt, um ihm ihre herzliche Theilnahme zu bezeugen. Abends war die Stadt auf das Glänzendste erleuchtet. — Das Fallen der Getreidepreise, das, bei dem strengen Winter, als eine wahre Wohlthat zu betrachten ist, hat an der Getreidebörse empfindliche Verluste herbeigeführt, und namentlich hat ein kornspekulirender Müller sich mit 70,000 G. insolvent erklärt. — Als Beispiel, welches Schicksal die Lehrer erwartet, wenn die Schulen als Gemeindeanstalten erklärt würden, führt das pädagogische Wochenblatt Folgendes an: Einige Stunden von Wien entfernt, wurde einem Schullehrer von dem Gemeindevorstande das Erscheinen zum Schneeschaufeln aufgetragen. — Die in diesen Tagen in Abrede gestellte Abnahme des Titels eines Hofbuchbinders des Herrn Girardin in Betracht seines politischen Benehmens im J. 1848 ist nun wirklich erfolgt. — Der hiesige Hofbuchdrucker Sommer hat in Folge der Tendenz des von ihm verlegten „Wanderers" auch den Titel als Hofbuchdrucker verloren. Die Redaktion des „Wanderers" hat eine Verwarnung erhalten.

Schweiz.

Bern, den 21. Januar. (D. R.) Der Bundesrath hat heute auf Grundlage eines einstimmigen Experten-Berichts der Herren Ingenieurs La Nicca, Diezinger und Perrier beschlossen, die Regierung von Genf eingeladen, die Demolition der Festungswerke zu suspendiren bis zum Entscheid der Bundesversammlung.

Frankreich.

Paris den 24. Januar. Der „Moniteur" veröffentlicht eine Uebersicht des französischen Handelsverkehrs mit dem Auslande während des Jahres 1849. Es geht daraus ein bedeutender Wiederaufschwung des Handels und Gewerbfleißes in gedachtem Jahre hervor. — Lord Brougham ist hier: er hat gestern L. Napoleon und die Mi-Minister besucht; heute Abend wohnt er dem großen Balle bei, den Hr. Dupin der National-Versammlung giebt. — Der Staatsprokurator zu Carcassonne, Farger, welcher im März 1848 von der provisorischen Regierung angestellt ward, und beim Publikum sehr beliebt war, ist abgesetzt worden und zwar angeblich bloß deshalb, weil er sein Amt der provisorischen Regierung verdankte. — Der „National" rügt, daß Lucien Murat, unser Gesandter in Turin, sich nach dem Beispiele L. Napoleon's einen Ordonnanzoffizier aus der Armee habe beigeben lassen. Er findet dies eben so ungebührlich, als das Tragen der Generalsuniform von Seiten des Präsidenten der Republik und die Zusammensetzung seiner Umgebung aus lauter vom Heere abkommandirten Offizieren. — Mehrere ehemalige Mobilgardisten haben sich nach Buenos Ayres begeben, um bei Rosas Militairdienste zu nehmen. Unser davon benachrichtigter Consul zu Montevideo hat sie ihrer Nationalität verlustig erklärt. — Ein Journal bemerkt, daß die Linke der National-Versammlung, welche vom 13. Juni bis zum 31. Oktober auf 125 Mitglieder geschmolzen war, seitdem fortwährend angewachsen sei und jetzt 200 bis 210 Mitglieder zähle. — Die „Union" spricht ihre große Entrüstung aus über die jetzt so häufigen tumultuarischen Lärm-Auftritte in der National-Versammlung. Sie begreift sehr wohl, daß der Berg dieses unziemliche Treiben nach Kräften fördere, findet es aber von der Majorität sehr unklug, daß sie sich immer mehr in persönlichen Streit und Skandal hineinreißen lasse, statt mit Nachdruck jedem ungeziemenden Losbruche der Linken entgegen zu treten.

Paris den 25. Januar. Der Redakteur der „Reforme," Gallot, ist gestern wegen Preßvergehens vom Zuchtpolizeigericht zu 6000 Fr. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt worden. — Nächstens wird man 43 Unteroffiziere und Soldaten des zu Vincennes liegenden 31. Linien-Regiments nach Algerien abgehen lassen; nach der „Presse" haben sie sich diese Maßregel durch ihre demokratischen Ansichten zugezogen. — General Changarnier hielt gestern Heerschau über die Truppen der 4. und 6. Brigade, welche aus der Umgegend von Paris zu diesem Zwecke am Morgen mit vollem Gepäck einmarschirt waren. — Unsere diplomatischen Agenten zu London, in der Schweiz und in Deutschland melden, daß zwischen den Flüchtlingen in den beiden ersteren Ländern häufige Zusammenkünfte gehalten werden und daß sämmtliche Demokraten-Vereine des Auslandes in emsigem Briefwechsel mit ihren Gesinnungsgenossen in Frankreich stehen.

Italien.

Dem „Constitutionnel" wird aus Rom vom 15. geschrieben: „Vor drei Tagen ward ein päpstlicher Beamter am hellen Tage in einer Straße nahe beim Corso durch einen Dolchstoß verwundet. Die Wunde, obgleich nicht tödtlich, ist ernsthaft; der Thäter ist den Nachforschungen entgangen. Alle, deren Hingebung für die Sache des Papstes bekannt ist, namentlich aber diejenigen, welche ihre Feder zu seiner Vertheidigung gebraucht haben, erhalten täglich anonyme Briefe und Drohungen. Den Haß der Mazzinisten gegen die päpstlichen Scribenten hat in der letzten Zeit hauptsächlich die Veröffentlichung eines Werkes erregt, welches den Titel führt: „Catalog der nachgelassenen Herrlichkeiten der Römischen Republik." Dies Schriftchen, welches eine große Sensation hervorgebracht hat, ist nichts anderes, als eine scharfe Satyre auf das Regime der Demagogen. Wie man sagt, wird der Finanzminister Galli bald ersetzt werden und Jeder wird sich darüber freuen. Als sein muthmaßlicher Nachfolger wird Monsignore Ferrari genannt, der im Jahre 1847 mit der bekannten Mission nach Konstantinopel betraut war, und Marchesini aus Bologna, ein Mann, dessen Talente und Redlichkeit allgemeine Anerkennung finden." — Das „Giornale di Roma" vom 14. Januar bringt die amtliche Anzeige, daß seit dem 4. August 1849 Kupfergeld zum Werthe von 511,385 Fr. in der päpstlichen Münze geprägt worden ist. — In dem geheimen Consistorium, welches am 7. in Portici abgehalten wurde, übertrug der Papst den Bischofssitz von Damietta (in partibus infidelium) dem Erzbischof von Brindisi, Monsignor Diego Pianeta, den von Barcelona dem Bischof von Lerida, Giuseppe Domenico Costa, und den von Moulins dem General-Vicar des Erzbisthums Paris, Marie de Dreux-Brézé. — Briefe aus Neapel vom 12. erwähnen einer Prozession von Lazzaroni, die unter dem Rufe: „Es lebe der König! Nieder mit der Constitution!" die Straßen durchzogen. — Die Neapolitanische Regierung hat 1121 Medaillen an die Truppen vertheilen lassen, welche Theil an dem Feldzuge gegen die aufständischen Sicilianer genommen haben.

Man schreibt aus Ankona vom 25. Decbr., daß auf der in dem dortigen Hafen sich befindenden Englischen Handelsbrigg eine Emeute unter den Matrosen ausgebrochen ist. Mit Hülfe einer Abtheilung Oesterreichischer Matrosen gelang es, die Rädelsführer zu verhaften. Der Englische Konsul hat dieselben in das Gemeindegefängniß bringen lassen, um sie nach England vor die Gerichte zu schicken.

Kammer-Verhandlungen.

92ste Sitzung der zweiten Kammer vom 28. Januar.

(Schluß.)

Schließlich wird der Besoldungsetat für die Beamten der Seehandlung für 1849 auf $54,579\frac{1}{2}$ Thlr. und für 1850 auf $58,061\frac{1}{2}$ Thlr. festgesetzt. Man geht zum Etat der Verwaltung des Staatsschatzes und Münzwesens über.

Der Berichterstatter: Der Staatsschatz wurde 1820 gestiftet, um für den Fall eines Krieges Geld bereit zu haben. Er hat diesen Zweck bisher vollkommen erfüllt. Die Nothstände des Jahres 1847 nöthigten zuerst von dem Grundsatz abzugehen, daß die Gelder des Staatsschatzes nur für militairische Zwecke verwendet werden sollen. Die Einnahme des Staatsschatzes bilden die Ueberschüsse der Einkünfte und es wird in ihm regelmäßig nur baares Geld niedergelegt. Mit der Verwaltung des Staatsschatzes sind mehrere Nebenfonds verbunden, wovon der Fonds zur Realisation von Kassenanweisungen und der Dispositionsfonds des Königs die bedeutendsten sind. Ueber den Bestand des Schatzes haben früher die größten Illusionen bestanden, bis zuerst der Minister v. Thiele dem Vereinigten Landtag offene Mittheilung über die Verwaltung von 1819—1847 machte. Der Ausschuß ist der Meinung, daß künftig volle Oeffentlichkeit in der Verwaltung des Ausschusses eintreten muß.

Der Ausschuß stellt den Antrag: daß der Bestand des Staatsschatzes jährlich bei Vorlegung des Staatshaushaltsetats nachgewiesen, der Etat der vorauszusehenden Einnahmen und Ausgaben zur Feststellung vorgelegt werde, und daß künftig außeretatsmäßige Einnahmen und Ausgaben in und aus dem Staatsschatze nicht ohne die vorherige oder nachträgliche Zustimmung der Kammern erfolgen.

Der Antrag des Ausschusses wird genehmigt, ebenso der Ausschußantrag, daß bei der Rendentur des Staatsschatzes verwaltete Dispositionsfonds Sr. Maj. ferner wie bisher verwaltet werde.

Schließlich wurden die Ausgaben der Verwaltung des Staatsschatzes für 1849 mit 15,350 Thlrn. als richtig anerkannt und mit 14,980 Thlrn. für 1850 festgestellt.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten legt der Kammer einen Gesetzentwurf über den Ankauf eines Geschäftshauses für das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten vor. Der Gesetz-Entwurf wird an die Finanzkommission gewiesen.

Man kommt zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, dem Bericht über den Antrag des Abg. Evelt, welcher auf Erhöhung des Gehalts der Westphälischen Gymnasiallehrer geht.

Der Berichterstatter Abg. Trendelenburg rechfertigt den Antrag des Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung.

Der Minister d. geistl. Angeleg.: Ich kann mich dem Ausschußantrag nur anschließen. Erst das Unterrichtsgesetz wird das Einkommen der Lehrer definitiv feststellen. Bis dahin wird die Regierung alle Ungleichheiten in den Besoldungen der Lehrer möglichst ausgleichen, und hat dazu eine außerordentliche Bewilligung von 50,000 Thlr. erbeten. Die Regierung verkennt dabei nicht die Gründe, welche für eine besondere Berücksichtigung der Westphälischen Schullehrer sprechen.

Abg. Evelt entwickelt die Gründe, seines Antrags in großer Ausführlichkeit während der steigenden Unaufmerksamkeit der Kammer.

Präsident: Sie können Ihre Gründe so weitläuftig Sie wollen, entwickeln; ich glaubte nur, es läge in Ihrem Interesse, wenn die Kammer Ihnen Aufmerksamkeit schenken könnte. (Heiterkeit.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Präsident: Ich setze voraus, der Berichterstatter hat nichts hinzuzusetzen (Gelächter) und bitte die Herren, sich zu erheben, die den Ausschußantrag annehmen wollen. Der Antrag wird angenommen. Der Präsident schlägt vor, da die Session nur noch bis Ende Februar dauern werde und für alle Vorlagen nicht ausreicht, das Budget, die Gemeinde-Ordnung, das Einkommensteuer- und das Grundsteuer-Gesetz (Bravo!) vor Allem zu berathen.

Graf Arnim hebt die Bedeutung des Preß- und Vereinsgesetzes hervor, und wünscht, daß die Versammlung sich vor ihrer Trennung auch hierüber ausspreche.

Der Minister des Innern: In der Allerhöchsten Botschaft ist der Wunsch ausgesprochen, das Preß- und Vereinsgesetz zu beschleunigen; ich glaube, daß die Krone einige Rücksicht darauf nahm.

Abg. Wegner erachtet das Runkelrübengesetz (Gelächter), Abg. Camphausen die Bewilligung der außerordentlichen Ausgaben, Andere andere Gesetze für dringlich.

Der Präsident bittet die Kommission für das Vereins- und Preßgesetz um Beschleunigung ihrer Arbeiten.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Bericht über Beschaffung militairischer Werkzeuge (?)

103te Sitzung der ersten Kammer vom 29. Januar.

Präsident: v. Auerswald. Eröffnung $10\frac{1}{4}$ Uhr.

Sämmtliche Herren Minister sind anwesend. Die Tribünen sind gedrängt besetzt.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die nochmalige Abstimmung über einen bereits berathenen Verbesserungs-Antrag zu dem Orts- und Distrikts-Polizei-Gesetze, wird ohne Debatte erledigt. Die Kammer geht hierauf zu dem zweiten Gegenstande, der Berathung über die Königliche Botschaft vom 7. Januar, über.

Von der rechten Seite wird specielle Diskussion aller Artikel beantragt, die Abg. Wachler, Hansemann und Heffter erklären sich dagegen. Der Herr Minister des Innern erklärt, daß die Regierung die 15 Artikel der Königlichen Botschaft nicht für ein untrennbares Ganze betrachte, worauf sich die Kammer für eine allgemeine Diskussion entscheidet.

Abg. Walter eröffnet die allgemeine Debatte, er erklärt am Schlusse seiner Rede, für alle Propositionen zu stimmen. Abg. von Ammon spricht gegen die Vorlage. Er habe erwartet, das Ministerium würde über das Steuerbewilligungsrecht Etwas bieten, aber nicht noch mehr fordern. Das Schreckbild der Nichtbeeidigung gebrauchen nur die, welche das Volk aufregen wollen. Man drohe mit dem Abtreten des Ministeriums. Die Partei, welche dem constitutionellen Wesen in ihrer Kurzsichtigkeit entgegenarbeite, welche drohe, sich den humanen Gesetzen nur mit Gewalt fügen zu wollen, die die Saat des Mißtrauens zwischen Krone und Volk säe, und Blut und Thränen erndten werde (Unruhe zur Rechten), die Christum im Munde und Stolz und Arglist im Herzen führe (lebhaftes Bravo, heftiges Zischen rechts, Tumult), diese Partei zeige hierin ihr Wirken. Schließlich erklärt der Redner, seiner Ueberzeugung getreu, wie es seine Ehre vorschreibe, zu stimmen.

Der Herr Minister des Innern weist die Vorwürfe zurück, welche der Vorredner gegen das Ministerium gerichtet. Was die Beeidigung betreffe, so komme es darauf an, wann die Revision für vollendet gehalten werde. Der Rücktritt des Ministeriums im Falle der Ablehnung, beruhe auf einer constitutionellen Regel. Abg. v. Zander spricht für die Annahme der Königl. Propositionen.

Abg. Baumstark vertheidigt seine, die constitutionelle Partei, vor den ihr gemachten Vorwürfen. Er selbst sei kein prinzipieller Gegner der Pairie, auch nicht der erblichen, wohl aber ein Gegner derjenigen, welche in der Königlichen Proposition vorgeschlagen ist. Auch nicht die höchste Achtung und das Vertrauen vor den Männern des 5. Decbr., deren Stellung vielleicht gefährdet sei, könne ihn und seine politischen Freunde bewegen, anders als nach ihrer Ueberzeugung zu stimmen.

Der Herr Minister des Innern wendet sich gegen einige Aeußerungen des Vorredners. Das Ministerium verlange keine Rücksicht, wolle man irgend eine nehmen, so könne es nur die sein, es aus sorgenschweren und qualvollen Aemtern zu befreien. Das Ministerium habe die Botschaft unterzeichnet, es müsse sie vertreten.

Abg. Gerlach. In der Botschaft, welche ich auch mit Freuden begrüßt, ist das Königthum, das Preußische, selbständige alte Königthum, das älter als alle Märztage, als alle Verfassungen, der Cardinalpunkt, das ist eine schöne solide Grundlage, ein guter Anfang. (Heiterkeit.) Preußen hört auf zu sein ohne ein starkes, selbständiges Preußisches Königthum. Man wirft uns vor, wir ignorirten das Jahr 1848, aber gerade aus dem Jahre 1848 nehme ich meine Argumente, denn damals war Preußen um nichts besser, als eine Leiche. (Gelächter.) Darum wurde aber dies Ministerium im November mit solcher Freude begrüßt, und gewann diese immense Popularität. Der französische Constitutionalismus kommt immer mehr in Mißcredit. Mit diesem politischen Schachspiel, das während der letzten 60 Jahre alle 10 Jahre einmal umgeworfen wurde, würde Preußen bei einer Crisis zu Grunde gehen. Ein zweiter Grund meiner Freude über die Botschaft bezieht sich auf die Bestimmung über die Fideicommisse, in welcher Bestimmung ich eine Rückkehr zum Recht, zur wahren Freiheit und zu feierlich gelobten Zusagen erblicke. Ein Drittes ist die Firirung der wahren constitutionellen Basis; denn das jetzige Wahlsystem beruht lediglich auf Improvisationen, und Niemand wird das jetzige System der Vertretung nach Kopfzahl und Census billigen können.

Der Redner bezieht sich auf die ferneren Punkte der Proposition, namentlich auf den Staatsgerichtshof, und bemerkt, daß, so lange noch so scandalöse Freisprechungen, wie sie in der letzten Zeit vorgekommen, möglich wären, von einer wahren Freiheit nicht die Rede sein könne. Ferner sage sich die Botschaft endlich endschieden von dem Geiste der Gesetzgebung des 5 Decbr. los (Hört!), wie von dem üblichen Modeveiwerk der Grundrechte. Nur so könne Preußen aufhören, das Märzpreußen zu sein, und wieder das wahre alte Preußen werden. — Nach diesen Bemerkungen (fährt Redner fort), habe ich mein Votum gegen die Vorlage zu motiviren, und zwar stimme ich dagrgen, nachdem die Proposition diese Aenderungen in der zweiten Kammer erfahren hat, namentlich die Bestimmungen über die Fideicommisse und das Hinausschieben für die wirkliche Berufung der ersten Kammer auf den 7. August 1852. Sie wissen, es lebt kein Kind, das nicht die Wände beschrien hätte. Man hat einen Namen geschaffen, ohne die Sache gegeben zu haben. Ja, erlauben Sie mir es Ihnen zu sagen, man sucht das neue Institut aus diesem Grunde lächerlich zu machen. (Bravo links). Man läßt die abzuschaffende erste Kammer in Wirksamkeit, um sie beschließen zu lassen, was die neu ins Leben zu rufende Pairskammer abschaffen wird! Diese Einzelheiten vollenden den Stempel der Nullität, den man dem ganzen Institut aufzudrücken sucht. Es soll hier im Lande eine Partei des besonnenen Rückschritts geben, meine Herren ich gehöre mit dazu — (großes Gelächter. Glocke). Es ist das eine einfache historische Thatsache. — (Heiterkeit.) Ich will keine vormärzliche Zustände, schon deshalb nicht, weil wir alsdann wieder zu den Märztagen zurückkämen, aber ich will die früheren gesunden Zustände. — Ich gehöre auch nicht zu der Partei, die Hr. v. Ammon vorhin bezeichnet hat. Wir heben im Jahre 1850 einen Fuß auf, um im Jahre 1852 den zweiten nachzuheben, und so lange bleiben wir auf einem Fuße stehen. (Heiterkeit). Wenn man ferner in dieser Beziehung von einem Abschluß des Verfassungswerkes spicht, so finde ich in diesem Modus gerade das Gegentheil eines Abschlusses. Es ist wohl nicht zufällig, meine Herren, daß das Amendement der zweiten Kammer an der Spitze seiner Unterschriften die Namen dreier Märzminister trägt, welche der Revolution die ausgedehntesten Conzessionen gemacht haben. Ich erkläre mich für die Propositionen, aber gegen dieselben in der von der zweiten Kammer beschlossenen Abänderung.

Minister von Manteuffel: Die Regierung hat sich mit dem Vorschlag zu Art. 8., wie er in der zweiten Kammer gemacht, einverstanden erklärt. Sie ist dabei bei vielen andern Gründen auch von dem ausgegangen, daß eine so wichtige Gesetzgebung Zeit erfordert. Sie ist nicht prinziplos gewesen; im Gegentheil, sie hat das Prinzip über die Modalitäten gestellt. Den Wahlkampf um die erste Kammer, den der Vorredner in Aussicht stellt, fürchte ich nicht, er wird zeigen, wie das Volk die Institution aufnimmt. Wenn gesagt worden ist, daß die erste Kammer von dem ersten Windstoß umgeworfen werden könne, so glaube ich, wir haben schon manchen Sturm überstanden und werden diesen Wind nicht zu fürchten haben. (Beifall.)

Abg. Martins erklärt sich gegen die Annahme sämmtlicher Propositionen. Der Redner spricht in seiner Deduction auch von dem drohenden Rücktritt des Ministeriums und meint, daß derselbe im Falle der Verwerfung überhaupt noch sehr zweifelhaft wäre, daß aber, wenn er einträte, dies nur ein Wechsel in den Personen sei; das System, welches in den Propositionen niedergelegt, werde fortdauern. Am entschiedensten spricht er sich gegen den außerordentlichen Gerichtshof aus, derselbe werde weder Achtung, noch Furcht, sondern Abscheu erzeugen!

Abg. v. Auerswald (der indeß den Vorsitz dem Vicepräsidenten v. Wittgenstein übertragen hatte) findet das Amendement Arnim schon durch die physische Unmöglichkeit gerechtfertigt, bis zum 26. Februar, wo das Mandat der jetzigen ersten Kammer abgelaufen sei, die

neue erste Kammer zu Stande zu bringen. Im Allgemeinen seien nur drei Punkte in den Propositionen, mit denen er nicht übereinstimmen könne, diese seien aber nicht so erheblich, die Vorlage deshalb zu verwerfen. Wer könne es verantworten, die Revision der Verfassung nochmals hinauszuschieben, ohne die allerdringendsten Gründe? Wir haben Alle — fährt der Redner fort — den Willen, die Regierung mit der Kraft und der Befugniß auszustatten, die nöthig ist zum Wohle des Landes, und ich glaube, wir werden niemals Männer auf der Ministerbank vor uns haben, die andere Befugnisse in Anspruch nehmen, als solche, die sie dem Heile des Landes für nöthig erhalten. Die Wahl des Augenblicks ist nicht das Privilegium des Genies. Auch der gesunde Menschenverstand mit treuer, redlicher Gesinnung, mit offenem Sinne für die eigenen Fehler weiß den Moment zu ergreifen. Ich für meine Person habe meinen Entschluß gefaßt, ich werde für die Schlüsse der zweiten Kammer stimmen, weil ich nach Lage des Landes die Propositionen für heilsam halte. Das Land sieht auf Ihre Entscheidung! Es wird Sie fragen: Haben Sie heute zur endlichen Revision der Verfassung das Ihrige gethan. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird eingebracht. (26 Redner sind noch eingeschrieben.)

Abg. Dahlmann (große Aufmerksamkeit): Meine Herren, Abg. v. Ammon hat das Allgemeine der vorliegenden Frage so erschöpfend besprochen, daß ich mich auf einen Punkt beschränken will: auf die Zusammensetzung der ersten Kammer. Ich sagte bei der ersten Berathung hierüber, daß es unmöglich sei, die zweite Kammer werde die Pairie, die sie gegen eine Minderheit von 64 Stimmen verworfen hätte, jemals annehmen. Ich sehe, ich habe mich geirrt. Ich habe mich in noch etwas Anderem geirrt. Es ist mir unglaublich gewesen, daß das Ministerium, welches die Pairie abgelehnt hatte, sich entschließen könnte, sie auf's Neue vorzulegen und sogar seine Existenz daran zu knüpfen. Allein es ist so geschehen. Trotzdem sage ich, ich glaube nicht an eine Preußische Pairie, ich glaube nicht, daß aus derselben Etwas werden wird. Ich glaube nicht an die von 1850, noch weniger an die von 1852. (Bravo!) Wir wollen eine Pairskammer machen, darum werden wir keine bekommen. Was würden Sie zu einem Gutsherrn sagen, der ein flaches Land hat und beschließt, ein Gebirgsland daraus zu machen? Er wird einige Hügel um sein Schloß aufwerfen — aber Sie werden sagen, daß er Etwas zum Staat, aber nichts für den Staat gemacht hat. (Beifall.) Die Englische Pairie ist älter, als die Englische Dynastie, älter als das einige England. Eine Dynastie repräsentirt die Einheit des Staates, sie kann deshalb, so mißliebig sie auch ist, dem Volke lieb sein. Wo die Pairskammer als überlieferte Macht dasteht und Ueberschreitungen weggewischt hat, dort wird sie Selbstständigkeit haben. Allein wenn Sie sie anpflanzen wollen, wie eine Baumschule, solch ein Gedanke sogar würde nie von einem Englischen Ministerium gefaßt, und von einem Volke, das seine Würde lieb hat, nie angenommen werden. Es gab vielleicht in Preußen nach den Freiheitskriegen einen Zeitpunkt, wo es möglich war, solche Pairie zu gründen. Damals gab es eminente Größen, die von dem Volke mit voller Uebereinstimmung anerkannt wurden. Der Spruch: „fortes creantur fortibus“ hätte sich damals bewährt. Die Gründung der Pairie wäre mit der Gründung der politischen Freiheit verbunden worden. Aber die gebornen Pairs jener Tage sind dahin, unter der Metternichschen Aera der Volkseinschläferung. „Nur gesorgt für die materiellen Anforderungen des Volkes — hieß es — dann wird es die politische Freiheit vergessen.“ Noch 1830 war es Zeit: da brachen die bitteren Erfahrungen von 1848 ein und nun frage ich Sie, ist jetzt die Zeit für eine Pairie da? Jetzt sollen die Pairs erbliche Räthe sein, weil — sie die größten Grundbesitzer sind. Sollen die in München und Stuttgart abgetragenen Kleider hier in Berlin neueste Mode werden? (Bravo!) Ist es noth, die so heillos verworrene Deutsche Frage durch einen neuen Feuerbrand unlösbar zu machen. Die ächte Pairie trägt den Charakter der Selbstständigkeit, die künstliche ist unselbstständig, hat im Volke keine Wurzeln, wird sich an die Krone anlehnen und nur in persönlichen Fragen selbstständig auftreten. Schon glaubt man, daß die Grundsteuergesetze rc. scheitern werden an der Pairie.

Ich gehe jetzt auf die speziellen Bestimmungen ein. Die Aufnahme der Prinzen des königl. Hauses werden den Glanz des königl. Hauses nur verdunkeln. Die vormals Reichsunmittelbaren haben zwar Anspruch in der Pairskammer zu sitzen, aber nicht den Anspruch eine solche gründen zu lassen. Den Haupttadel verdient die Beschränkung der erblichen Pairs. Die Krone muß die Macht haben ihre Anzahl zu vergrößern, sonst steigert sich die Gefahr des Kastengeistes. Das Arnimsche Amendement ist eben so unzulässig. Welche Logik ist denn das: Es ist nichts schlimmeres als ein Provisorium, darum stimmt für mein Provisorium! und: Erschreckt nicht vor der Wohlthat der Pairie, sie soll erst 1852 eintreten! Wenn Etwas die allgemeine Entrüstung vermindert hat, so ist es die Ueberlegung, daß die Einführung der Pairie noch $2\frac{1}{2}$ Jahr hin ist. Die erste Kammer, wie sie jetzt besteht, ist keine politisch tiefsinnige Schöpfung. Aber der Mann wird nicht gepriesen, der einfache Hausmannskost verschmäht und Conditorwaaren dafür einkauft. Ich kann nicht mitwirken, Kartenhäuser zu bauen, ich kann nicht helfen, eine Institution zu schaffen, die die Krone und das Volk erschüttern wird, anstatt sie zu stützen. (Beifall.)

Minister v. Manteuffel: Wenn gesagt wird, daß man eine Pairie nicht machen kann, so bedenke man, daß man eigentlich auch keine Verfassung machen könne, denn sie muß das Ergebniß von Jahrhunderten sein. Tadeln ist leicht, noch leichter, eine Institution zu tadeln, die nicht da ist. Wenn man zeigt, daß eine Pairie 1815 möglich war, so beweist man dadurch noch nichts. Wenn man behauptet, daß kein Stoff zur Pairie vorhanden sei, so behaupte ich, der ich das Land kenne, daß es allerdings Familien giebt, die — nach meiner, vielleicht irrigen, Ueberzeugung — sich zur Pairie eignen. Was in Baiern, Württemberg, in kleineren Staaten nicht möglich ist, das ist in einem größeren noch nicht unmöglich. Wer hat den Beweis geführt, daß Preußen mit einer Wahlkammer bestehen kann? Wenn man eine tiefsinnige Schöpfung haben will, so bitte ich, Vorschläge zu machen! Es sind allerdings mißfällige Stimmen gehört worden, aber auch günstige. Unsere Aufgabe darf jedoch keinenfalls sein, die Entrüstung zu schüren. Ich erkenne die Berechtigung aller Parteien an, ich erkenne vollkommen auch die Berechtigung der Demokratie, der verständigen, reinen Demokratie an. Der Preußische Staat beruht in vielen Punkten auf demokratischen Basen. Aber einer Partei gebe ich keine Berechtigung in Preußen, das ist die Partei der Doctrin.

Abg. Milde: Dem Ministerium sei es nicht zugekommen, mit neuen Propositionen hervorzutreten und so in unser gesellschaftliches Leben eine neue Rechtsunsicherheit zu bringen, indem möglicherweise das Revisionswerk in's Unabsehbare nunmehr ausgedehnt werden könne. Vor allem thue dem Volke heute das Vertrauen zu unseren Zuständen Noth. Seit vier Jahren sei der Erwerb der arbeitenden Klassen schwer bedrückt gewesen. Aber das Ministerium treffe deshalb weniger Schuld, wenn man zugebe, daß dasselbe keine Aussicht von den Propositionen im November haben konnte, die man am 21. December zu weiterer Veranlassung ihm unterbreiten wollte. — Ich bin, fährt der Redner fort, zu der festen Ueberzeugung gelangt, daß weder eine constitutionelle, noch selbst eine absolute Gewalt in diesem Lande wird regieren können, so lange nicht die Personen, welche das besondere Vertrauen der Krone besitzen, an der Spitze gewesen und sie so dem Lande und der Krone die Ueberzeugung gewährt haben, daß sie entweder es besser zu machen verstehen, als die vorhergehenden Ministerien, oder bis der Krone die Gewißheit geworden ist, „daß es leichter ist, die Kritik auszuüben, als den Staat mit schönen Theorieen zu regieren.“ Es kann, meine Herren, so lange jeder Staat absolut regiert werden, als neben einer treuen, gut disciplinirten Armee geregelte und geordnete Finanzen vorhanden sind und weder Anleihen noch Steuererhöhungen nothwendig werden. Das Gesetz vom 17. Januar 1820 ist für Preußen aber, meines Dafürhaltens, eine starke und große Garantie, aus welcher endlich eine wahre Volksvertretung in der Regierung hervorgehen wird, so daß wir eine wirkliche parlamentarische Regierung bekommen werden. Die Ueberzeugung, daß kein Staatsschuldschein emittirt werden kann ohne Zustimmung der reichsständischen Versammlung, also nach dem gegenwärtigen Sprachgebrauch: der Kammern, ist so tief in's Volk gedrungen, daß keine Regierung fortan die Geschicke dieses Landes führen kann, ohne diesen Grundsatz im ganzen Umfange der Sache selbst anzuerkennen. Ich bin überzeugt, daß die volle Bedeutung der Debatte über die Deckung des Deficits materiell durch die Vorlage vom 7. Jan. gefördert worden ist, und daß selbst die am meisten vom Vertrauen durchzogenen Mitglieder der Kammer, die Schnüre des Geldbeutels der Nation, die ihren Händen anvertraut sind, um so fester zuziehen werden, wenn es sich darum handelt, dem Volke die ihm durch die Verordnung vom 6. April 1848 und die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dec. 1848 verbrieften Rechte zu schmälern. Man hat versucht, der Königl. Botschaft vom 7. Jan. den Charakter eines Veto gegenüber den Kammern beizulegen und dadurch offenbar zu erlangen gehofft, bei der Ehrfurcht, welche wir Alle dem Träger der Krone schuldig sind, den Debatten in dieser Kammer eine solche Richtung zu geben, daß die Annahme dieser Staats-Ministerial-Vorlagen unzweifelhaft würde. Man hat andererseits von der Annahme dieser Propositionen die Existenz des Ministeriums abhängig gemacht, um dadurch die Stimmen derer, welche die Verdienste der Männer vom 2. November in gebührender Weise anerkennen, derer, die in ihnen den Hort und die Garantieen für die bürgerliche Ruhe ausschließlich erblicken, endlich derer, welche das Deutsche Werk mit ihrem Ausscheiden gefährdet sehen, für die Vorlage zu gewinnen. „Aber, meine Herren, ich behaupte, die Minister hätten besser gethan, ihre Aemter in die Hand der Krone zurückzugeben, ehe sie Propositionen, wie die vorliegenden, mit ihrer Contrasignatur einbringen.“ Die Macht und der Glanz der Königl. Gewalt und Autorität in diesem Lande ist durch diese Vorlagen und die Entscheidung, die ihnen gegeben worden, nicht gehoben, die Kammern müssen nothwendig im Ansehen sich herabsetzen, wenn sie Dinge, die sie vor vier Wochen für gut und richtig für das Land erkannt, heute zurücknehmen, oder im entgegengesetzten Sinne entscheiden sollen, und die Männer selbst, welche unleugbar große Verdienste um Preußen, ja ganz Deutschland haben, müssen an ihrem politischen Charakter eine schwere Einbuße erleiden, wenn sie Dinge, gegen welche sie während des Revisionswerkes als Abgeordnete selbst gestimmt, heute als Diener der Krone der Volksvertretung zur Annahme empfehlen wollen oder sollen. Einer solchen Mission sich zu unterziehen oder unterziehen zu können, kann nicht im Interesse des Vaterlandes liegen, und ich kann nur mein Bedauern ausdrücken, daß es dahin mit den Männern der rettenden That gekommen ist. Ich werde gegen alle die Theile der Vorlage stimmen, welche die unveräußerlichen Freiheiten oder Rechte des Volks beschränken oder die Gleichheit vor dem Gesetze verletzen können.

Abg. Camphausen giebt die Gesichtspunkte an, unter welchen er nach Lage des Landes die Proposition beurtheilt. Er wünscht einen Abschluß der Verfassung, um der Entsittlichung des Volkes entgegenzuarbeiten, weil das Volk in dem geistigen Kampfe die Mäßigkeit und Würde nicht gewahrt habe, weil Preußen seine Stellung in Deutschland sonst gefährdet, weil er zwar nicht wisse, weshalb die an der Gränze zusammengezogenen Truppen aufgestellt sind, weil er aber wohl wisse, daß ihre Herren ein Interesse dabei haben, daß in Preußen keine Verfassung bestehe. Wie stehen wir — fährt er fort — zu dem Antrage, der uns vorliegt? Ueber die Zusammensetzung der ersten Kammer giebt es keine Theorie. Bei uns haben sich im Prinzip fast Alle zu einer Pairie bekannt, wie sie uns jetzt vorgeschlagen wird. Daß der Vorwurf, der Antagonismus zwischen den beiden Kammern werde nur noch vergrößert, durch das von der zweiten Kammer angenommene Amendement beseitigt sei, ist nicht vollständig der Fall. Es ist wahr, die Krone hat am 5. Dec. ihre Ansichten ausgesprochen; ich gebe aber zu bedenken, wie vielfach in der letzten Zeiten die Ueberzeugungen fast Aller gewechselt haben, und daß die uns vorgeschlagenen Veränderungen in einer Note der Verfassung vom 5. Dec. ihren Ausdruck gefunden haben. Ich halte die Nothwendigkeit des Abschlusses der Verfassung für die Rücksicht, die ich zu nehmen habe und werde für die Beschlüsse der zweiten Kammer stimmen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. (Schluß der Sitzung $3\frac{1}{2}$ Uhr.) (Nächste Sitzung: 7 Uhr.)

104te Sitzung der ersten Kammer vom 29. Januar.

Die Sitzung wird um $7\frac{1}{2}$ Uhr Abends durch den Präsidenten von Auerswald eröffnet. Vorläufig geben wir die Notiz, daß bei der speziellen Debatte über die Königl. Propositionen Nro. I., II., III., VI., VII., VIII., IX., X., XI., XII., XIII., XIV. und XV. wie in der zweiten Kammer angenommen, dagegen Nro. IV. und V. wie in der zweiten Kammer abgelehnt worden sind. Schluß der Sitzung um $1\frac{1}{2}$ Uhr Morgens.

Schluß der Rede des Herrn Ministers von Manteuffel in der Sitzung der zweiten Kammer vom 26. Jan.

Den zweiten Punkt, den die Regierung als wesentlich wichtig hält, ist die Bildung eines Gerichtshofes, welcher die Bestimmung hat, das Verbrechen des Hochverraths und Landesverraths vor sein Forum zu ziehen. Auch in dieser Beziehung wird die Regierung jede Garantie zu gewähren bereit sein, welche gewünscht werden möchte, insofern dadurch nicht der Zweck vereitelt wird. Ich weiß, daß die Ansichten der hohen Versammlung über den Werth der vorgeschlagenen Abänderungen in hohem Grade getheilt sind. Ja, es ist nicht undenkbar, daß ein großer Theil dieser hohen Versammlung aus verschiedenen Gründen damit nicht einverstanden ist. Ich weiß, daß ich neue Gründe dafür oder dagegen nicht in die Wagschale zu werfen habe. Dennoch schlage ich Ihnen vor, meine Herren, und bitte Sie, den Vorschlägen ihre Zustimmung zu ertheilen. Ich appellire dabei vorzüglich und ausschließlich an Ihren Patriotismus.

Die Botschaft ist hevorgegangen aus der Ueberzeugung, daß ihre Annahme zum Heile des Landes nothwendig sei. So wenig ich es versuche, entgegengesetzte Meinungen zu widerlegen, eben so wenig würde der umgekehrte Versuch gelingen. Ich frage Sie, meine Herren, die Sie der Meinung sind, daß die Annahme nicht wünschenswerth sei, denen aber doch ein warmes Herz für das Wohl des Vaterlandes und für das davon unzertrennliche Ansehen der Krone im Busen schlägt, ich frage Sie, würden Sie nach Ablehnung der Botschaft Se. Majestät rathen, die Verfassung zu vereidigen? Die Verwerfung dieser wesentlichen Punkte wird also, da dies die Revision der Verfassung unvollendet läßt, die Vereidigung derselben in eine unbestimmte Zukunft rücken, während das eidliche Gelöbniß nach der Annahme unverzüglich erfolgen muß. Welche Folgen ein Aufschub für das Land haben muß, habe ich nicht vorauszusehen.

Eine fernere nothwendige Folge der Verwerfung der Botschaft würde der Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums sein. Meine Herren! Wir gehören nicht zu denen, die Personen für unentbehrlich erachten, am wenigsten die unsrigen. Wir können darüber um so unbefangener sprechen, als wir unsere Plätze bereitwillig aufgeben. Aber, meine Herren, lassen Sie uns die Thatsache nicht verkennen: wer vermag die Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß der Wechsel der Personen in diesem speciellen Falle nicht weitergreifende Folgen nach sich zieht. Die Namen, um die es sich hier handelt, stehen zum großen Theil unter der Verfassung vom 5. Dezember. Diese Namen sind eingesetzt für die Bestrebungen zu Deutschlands Wiedergeburt. Diese Namen sind also unauflöslich verwebt mit dem gegenwärtigen Regierungssystem. Wenn aber je in diesem System ein Wechsel eintreten sollte, dann wird, — dessen bin ich mir klar bewußt, — das Ziel der deutschen Einheit, welches wir vielleicht mit manchen Irrungen und mit schwachen Kräften, gewiß aber mit redlichem Willen angestrebt haben, in weite Ferne hinausgeschoben werden. Ich kenne die Erwiderung, die mir von mehreren Seiten dieses Hauses entgegengestellt werden wird. Man sagt, durch solche Argumente werde der Ueberzeugung Gewalt angethan; es werde die politische Vergangenheit mancher Mitglieder dieses hohen Hauses kompromittirt; es werde Nachgiebigkeit gefordert, ohne daß von der anderen Seite nachgegeben werde. Der letzte Punkt betrifft, wie ich Ihnen nicht erst zu sagen brauche, das Steuerbewilligungs- und das Steuerversagungsrecht. Es ist Ihnen bekannt, daß darüber verschiedene Ansichten obwalten: die Einen erkennen darin ein Palladium der Krone, welches sie sich nach den besonderen Verhältnissen Preußens ohne Gefährdung des Vaterlandes nicht entäußern könne; die Anderen sind der Meinung, es sei dies Recht bereits in die Hände der hohen Kammer durch die Verfassung vom 5 Dezember überliefert, und darin wohl aufgehoben; noch Andere glauben, es müsse erst durch parlamentarische Kämpfe errungen werden. — Nun, meine Herren, bleibe ein Jeder bei seiner Meinung: freue sich der, der da glaubt, das Steuerbewilligungsrecht zu haben, dieses Rechts und mache er einen mäßigen Gebrauch davon; erkämpfe sich der dieses Recht, der sich vorgesetzt hat, es zu erkämpfen. Aber, meine Herren, wir hüten uns, daß dieses vielfach bestrittene, vielfach falsch aufgefaßte Recht, nicht die Klippe werde, an der das Schiff des Vaterlandes in der Brandung nahe am Hafen scheitert.

Ja, meine Herren, ich scheue micht nicht, es auszusprechen: der politischen Ansicht eines großen Theils von Ihnen wird Gewalt angemuthet, aber nicht durch uns, sondern durch die Natur der Sache und durch Ihre eigene Vaterlandsliebe. An Ihnen ist es jetzt zu wählen: entweder Ihre politische Ansicht einer höheren, ja höchsten Pflicht unterzuordnen, oder: Ihre Ansichten um jeden Preis zu behaupten! Ihnen, den hier versammelten Vertretern des preußischen Volkes, werden die Folgen dieser Wahl angerechnet werden. Aber das vergessen Sie nicht: Wer unter Ihnen den zuletzt bezeichneten Weg betritt, dem wird das Zujauchzen aller Feinde der öffentlichen Ordnung entgegenkommen, dem wird der Beifall der Feinde Preußens und der Feinde Deutschlands lohnen; der wird die Anerkennung derer finden, welche Theorieen über Alles stellen und die abstrakte Consequenz als die erste Tugend betrachten. Aber den Dank Preußens, den Dank Deutschlands wird er sich nicht erwerben.

Meine Herren! Sie haben zu wählen. (Bravo rechts.)

Motive zum Amendement Arnim-Boitzenburg.

1) Die Legislatur-Periode der gegenwärtigen zweiten Kammer geht mit dem 7. August 1852 zu Ende. Erst dann tritt das künftige definitive Wahlgesetz für die zweite Kammer, wie solches aus den Bestimmungen der §§. 70 und folgenden der Verfassung auf Grund der Gemeindewahlen hervorgehen wird, in Wirksamkeit. Es scheint daher nicht unangemessen, die neue Formation der ersten Kammer zu demselben Zeitpunkte eintreten zu lassen, bis zu demselben aber denjenigen Wahlmodus für beide Kammern beizubehalten, auf Grund dessen sie ihre gemeinsame Thätigkeit begonnen haben. 2) Hierdurch wird zugleich das von manchen Seiten erhobene, wenn auch unbegründete Bedenken beseitigt und dem Mißtrauen begegnet, daß bei der in der jetzigen und möglichen Falles in der nächsten Sitzungs-Periode den Kammern noch obliegenden definitiven gesetzlichen Regelung der Steuer-Gesetzgebung, der agrarischen und der Gemeinde-Verhältnisse einer der Faktoren vermöge seiner Formation in eine einseitige Stellung zu der Lösung dieser Fragen gerathen möchte. Denn es bleiben hiernach außer der gegenwärtigen Session die Sitzungs-Perioden zweier voller Jahre nicht allein zur Feststellung, sondern auch zur legislativen Ausführung dieser Verhältnisse, ehe die neue Formation der ersten Kammer in Wirksamkeit tritt. 3) Es bleibt hierdurch die Möglichkeit offen, in dieser Zeit diejenigen Veränderungen in dieser Formation der ersten Kammer nach Art. 107 der Verfassung zu beschließen, welche etwa eine spätere und durch die Consolidation aller Verhältnisse erleichterte, unbefangenere Erwägung und Beobachtung der öffentlichen Zustände nach einer oder der anderen Seite hin als wünschenswerth ergeben sollte, — ohne den materiellen Abschluß des Revisionswerkes zu verzögern und ohne, wie nach den letzten Beschlüssen der Kammer der Fall sein würde, die künftige Bildung der ersten Kammer in völliger Ungewißheit und in einem unbegränzten Zustande des Provisoriums, mithin eine offenbare und wesentliche Lücke in der Verfassung zu belassen. 4) Es wird die gründliche legislative Erwägung der zur Ausführung des Vorschlages nöthigen Wahlgesetze möglich, welche in der gegenwärtigen Sitzungs-Periode neben anderen dringenden Arbeiten der Kammer sehr schwierig sein würde. 5) Die Abänderung ad d) des Ausdrucks: die „höchstbesteuerten Grundbesitzer“ in „Urwähler (Art. 71), welche die höchsten direkten Staats-Steuern zahlen“, dient dazu, die völ-

lig irrige Anschauung zu beseitigen, als gewähre der Vorschlag der Regierung in diesem Punkte dem großen Grundbesitze eine vorzugsweise Vertretung. Unter den nach der Regierungs-Vorlage resp. nach den Vorschlägen des Central-Ausschusses der ersten Kammer ad d) hiernach zur Wahl berufenen 1606, resp. 2700 höchstbesteuerten Urwählern der Monarchie werden sich mindestens eben so viel Handeltreibende und Industrielle finden, als große ländliche Gutsbesitzer. Es wird aber auch unter allen diesen kaum einer sein, der nicht mit einem, wenn auch noch so wenig umfangreichen städtischen oder ländlichen Grundstücke angesessen wäre.

Locales ꝛc.

Posen, den 28. Januar. Die hiesigen, von einem überaus kleinen Bruchtheil der Wahlberechtigten gewählten Wahlmänner gehen, von den Koryphäen des Vereins für König und Vaterland geleitet, rüstig an die Vorwahlen. Als Kandidaten sind aufgestellt: Minister Flottwell, Ex-Marine-Rath Jordan, Konsistorial-Rath Cranz, Regierungs-Rath Klee, Präsident Klebs, Ober-Bürgermeister Naumann. Die letzten Beiden, welche der Centrums-Partei angehören, hat eine engere Wahl, anscheinend als zu freisinnig, beseitigt und Posen wird wahrscheinlich einen ächten Treubündler in die Erfurter Kirche schicken. (Corresp. d. Nat.-Ztg.)

— Nach einer uns zugegangenen amtlichen Benachrichtigung der Königlichen Regierung, Abtheilung für Steuern, in Betreff eines Artikels der Zeitung vom 8. Dezember pr. d. d. Zmyślona parzynowska den 3. Dezember pr., worin mehrfacher Fälle Erwähnung geschehen, in welchen bei Exekutions-Vollstreckungen mit großer Rücksichtslosigkeit verfahren sein sollte, ist wegen der bezeichneten Vorgänge eine Untersuchung veranlaßt und die erforderliche Rüge eingetreten, so weit sich Ausschreitungen der Exekutoren herausgestellt haben. Bei der gegen den Zimmermann Guler zu Kobylagóra vollstreckten Exekution dagegen ist die Steuerverwaltung nicht betheiligt, und die weitere Verfolgung der Sache der Staatsanwaltschaft überwiesen.

— Nach einer von einem unserer Berliner Abgeordneten eingelaufenen Nachricht hat die Kommission der zweiten Kammer mit einer Stimme Majorität beschlossen, die **Zerstückelung der Provinz** in der Art zu bevorworten, daß ein Theil zu Westpreußen, ein Theil zu Brandenburg, endlich ein Theil, worunter Posen selbst begriffen, zu Schlesien geschlagen werden soll.

✱ Obornik, den 31. Januar. Bei der heute hier abgehaltenen Wahl zum deutschen Volkshause für die landräthlichen Kreise Obornik und Samter wurde der Gutsbesitzer v. Massenbach auf Bialokosz mit großer Majorität zum Abgeordneten gewählt.

Musterung polnischer Zeitungen.

Die Polnischen Zeitungen beschäftigen sich jetzt vorzugsweise mit den 15 Artikeln der Königl. Botschaft und den darüber gepflogenen Kammerverhandlungen, außerdem mit den jetzigen Französischen Zuständen. In Bezug auf das erstere Thema giebt der Dziennik Polski in Nro. 25 und mit ihm im Wesentlichen übereinstimmend die Gazeta Polska in Nro. 25 ihre belobende Erklärung darüber ab, warum die Polnischen Deputirten gegen den Antrag der Errichtung eines besonderen Staatsgerichtshofes für größere politische Verbrechen, und bei der Abstimmung über die zu creirende Pairskammer nicht mitgestimmt haben. Ersteres geschah nach der Gazeta deshalb, weil die Errichtung eines solchen Staatsgerichtshofes insbesondere für das Polenthum gefahrdrohend erschien. Bei dem zweiten Antrage enthielten sie sich aus drei Gründen der Abstimmung, weil die sogenannte liberale Partei in allen Hauptfragen gegen sie mit der ministeriellen Partei gestimmt hat, weil die Führer derselben vorzugsweise auf eine Theilung des Großherzogthums dringen und weil endlich die Pairsfrage für die Polen eine gleichgültige ist. Der Dziennik schließt seine Betrachtungen mit der Bemerkung, daß er nicht wohl begreife, wie die Regierung eine Pairie ohne Fideicommisse und Majorate zu creiren gedenke.

Den jetzigen Französischen Zuständen widmet der Dziennik Polski in Nro. 24 einen ausführlichen Leitartikel, in denen er nachzuweisen sucht, daß die letzte Rede Thiers in der Sitzung der Nationalversammlung am 18. Januar den besten Beweis für die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Französischen Zustände liefere. Ein gewisses trauriges Vorgefühl, sagt sie, habe ihn gerührt erscheinen lassen, und was bei einem Politiker und Staatsmanne wie Thiers eine seltene Erscheinung ist, es habe mehr sein Herz, als sein Kopf gesprochen. Er sieht, daß ein Sturm naht, der das alte Staatsgebäude von Grund aus umstürzen wird, und im Vorgefühl dieser Zukunft will er sich, wie im Vorgefühl des Todes, mit seinen Gegnern versöhnen, indem er alle zur Eintracht, diesem einzigen Rettungsanker, ermahnt. Gewiß, fährt das genannte Blatt fort, wird eine Zeit der Eintracht zwischen der Philosophie und der Kirche, diesen moralischen Potenzen, kommen, wo die Religion Philosophie und die Philosophie Religion sein wird. Aber die Eintracht, wie sie Thiers als das einzige Rettungsmittel vor dem nahenden Sturme empfiehlt, wird kein Heil bringen. Die Revolution des Jahres 1848 hat die alten Grundlagen der Gesellschaft erschüttert und neue, ihrer Verwirklichung nahe, Ideen erzeugt. In dieser kritischen Periode, wo das Alte zusammenstürzt und das Neue sich noch nicht gestaltet hat, wächst ein neues Geschlecht, die Zukunft Frankreichs auf. An seiner Wiege stehen zwei feindliche Mächte und streiten sich um seine Seele, nicht um es zu bilden für die neuen Ideen, die die Welt durchdringen, sondern um es von ihnen abwendig zu machen und mit ihrer Hülfe die Zeit zurückzudrängen, damit wieder jene Tage des materiellen Egoismus, der constitutionellen Monarchie, — jener Ideale eines Thiers und Montalembert, erscheinen.

Theater.

Am nächsten Dienstage, wie es heißt, wird zum Benefiz des Karstenschen Ehepaars das hier lange nicht gesehene Lustspiel: Die Sängerin, zur Aufführung kommen. Dasselbe gehört entschieden zu den wirksamsten Stücken seines Genre's und wird diesmal ein ganz besonderes Interesse bieten, da es mit einer Masse neuer, ansprechender Couplet's ausgestattet wird. Frau Karsten findet in der Rolle der „Frau Schnabel" Gelegenheit, ihr ausgezeichnetes Talent für die Darstellung komischer Alten wieder einmal in vollem Glanze zu entfalten, und dies allein garantirt uns schon einen vergnügten Abend. Damit er aber auch den Beneficiaten vergnügt sei, ist es nöthig, daß das Publikum sich recht zahlreich zum Besuch einfinde. Das Karstensche Ehepaar, die ältesten Mitglieder unserer Bühne, hat uns fast allabendlich seit langen Jahren durch seine braven Leistungen erfreut, es hat bei uns ausgehalten in guten und in schlechten Zeiten, ist es da nicht eine Pflicht, jetzt, wo es so schlecht geht, wie noch nie, ihm ein Zeichen unserer Anerkennung zu geben? Wir wünschen daher von ganzem Herzen, daß das Publikum einmal wieder in Masse die Plätze in Beschlag nehme, das Amüsement wird am Dienstag Abend gewiß nicht ausbleiben.

Verantw. Redakteur: C. F. H. Violet.

Der Leit-Artikel der Pos. Ztg. vom 1. Febr. triumphirt über die Niederlage des Vereins für König und Vaterland bei der Wahl am 31. v. M. als über ein „Gottes Werk," während in einem zweiten Aufsatz derselben Ztg. diesem Verein der Sieg beigemessen wird. Mag man darüber sich streiten, ob es Sieg oder Niederlage ist — wir halten uns an Thatsachen. Daß der Verein für König und Vaterland eine Bedeutung in Posen hat, wird kein unbefangener Beobachter bestreiten. Aber er ist sich auch wohl bewußt, daß sein Einfluß bedingt ist durch den Anklang, den er mit seinen Grundsätzen unter den Bürgern in Posen findet. Er weiß sehr wohl, daß er ohnmächtig wird, wenn die letzteren, nachdem die ewig denkwürdigen Thatsachen der Jahre 1848 und 1849 sie genügend belehrt, je dahin kommen sollten zu glauben, daß man auf Männer der sogenannten „richtigen politischen Mitte," oder die sogenannten „aufrichtig Constitutionellen" ein felsenfestes Vertrauen gründen dürfe, und daß diese denen vorzuziehen, die in dem politischen Wechsel der Zeiten sich allezeit als Männer von Character und wahre Patrioten bewährt haben, und die daher nicht wie ein Rohr von jedem Windstoß der öffentlichen Meinung sich hin und her bewegen lassen. Aber das Vertrauen, welches die Bürger Posens dem Verein bei den jetzigen Wahlen in dem Beistand zur Beseitigung aller ungewissen, zweifelhaften Kandidaten geschenkt haben, darf ihm eine Bürgschaft sein, daß die Posener Bürger sehr wohl wissen, von welchen Grundsätzen das Heil des Landes, die Gewähr einer sichern Zukunft unseres Preußischen, unseres deutschen Vaterlandes abhängt, und daß sie diesen gesunden Sinn sich bewahren werden. Hat ein großer Theil in alter Dankbarkeit gegen große Verdienste den Hr. Minister Flottwell vor dem Kandidaten des Vereins vorgezogen, so ist das nur ein neuer Belag für die gute Gesinnung der Bürgerschaft. Denn sie konnte sicher wohl wissen, daß es ein Mann ist, der allezeit unter den Vorkämpfern für König und Vaterland voranstehen wird, und indem sie zugleich wußte, aus welchen Gründen der Verein von ihm abgesehen, hat sie auch damit ihre wesentliche Uebereinstimmung mit dem letzteren bezeugt.

So ist daher die Wahl des Herrn Flottwell recht eigentlich als ein Werk des Vereins zu betrachten, wenn er auch nur indirect darauf eingewirkt hat. Ein günstigeres Resultat kann der Verein kaum sich wünschen, und wenn es ihm immer gelingt, Männer zu beseitigen, die ihm nicht genehm sind, und die Gegner in solche Enge zu treiben, daß sie selbst Männer der entschiedenen Rechten wählen müssen, so wird die Wirksamkeit des Vereins mit allem nur wünschenswerthen Erfolg gekrönt. Ob diese oder jene Persönlichkeit aus seiner Mitte gewählt wird, daran kann und wird ihm dann nichts gelegen sein.

(Eingesandt.)

Sollte es jetzt, wo die früher so thätigen demokratischen Vereine — in richtiger Würdigung, daß ihre Zeit vorüber sei — sich vom politischen Schauplatz zurückgezogen, und der Verein für König und Vaterland durch die Niederlage seines Kandidaten den Todesstoß erhalten hat, nicht an der Zeit sein, hier einen Verein der wahren, richtigen Mitte zu gründen, der eben so sehr wie vor einem Waldeck'schen Ministerium, vor einem Stahl-Gerlachschen zurückschrickt? — der weder die Revolution, noch die Reaction will, sondern die Constitution und den Monarchismus? Einem solchen Vereine würden jetzt gewiß nicht nur viele ehemalige Demokraten, sondern auch ein großer Theil der sogenannten Vaterländler, der mit der äußersten Spitze des Vereins selbst wenig gemein hat, unfehlbar gern beitreten.

Angekommene Fremde.

Vom 1. Februar.

Bazar: Die Gutsb. Grabowski a. Lukowo; Rekowski a. Kesice; Modlinski a. Walentinowo; Pomorski a. Roznowo u. Bojanowski a. Ostrowiczko; Pächter Kowalski a. Usarzewo.

Lauk's Hôtel de Rôme: Gutsb. Graf Vitzhum a. Otusz; Domainenpächter v. Sänger a. Pokajewo; Oberförster Lehn a. Jaroczin; die Kaufl. Hempel a. Stettin; Gerlach u. Auerbach a. Leipzig u. Klus a. Schwedt a. O.; Zimmermeister Nutschke u. Mad. Pinksohn a. Schwedt a. O.

Hôtel de Bavière: Frau Gutsb. v. Dąbrowska a. Winnagóra; Gutsb. Stodolkiewicz a. Strzałkowo; die Gutbs. v. Goslinowski a. Kempa u. Graf Dombski a. Kolaczkowo.

Schwarzer Adler: Die Gutsb. v. Karczewski a. Malinia; D. v. Koraczewski a. Ruchocica; v. Bieczyński a. Grąblewo; Frau Gutsb. Bandelow a. Latalice.

Hôtel de Dresde: Gutsb. v. Palendzki a. Bromberg.

Goldene Gans: Frau Assess. Ryll a. Wreschen.

Hôtel à la ville de Rome: Gutsb. Budziszewski a. Taczanowice.

Hôtel de Berlin: Stenograph Mindak a. Poln. Krone; Ingenieur John Snell a. London; Gutsb. v. Treskow a. Wierzonka; Militair-Arzt Stiller a. Posen; Landrath v. Bonstedt a. Schrimm.

Im Eichborn: Gutsb. Hirschfeld a. Mielno; die Kaufl. Hirschfeld a. Neustadt b. P.; Ehrenfried a. Wreschen u. Kayser a. Miloslaw.

Im Eichenkranz: Gutsb. v. Prusimski a. Sarbia.

Große Eiche: Pächter Kurowski a. Nieświastowo; Gutsb. Slawoszewski a. Ustarzewo.

Weißer Adler: Lehrer Zimmermann a. Owinsk.

Zur Krone: Kfm. Freund a. Breslau.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag, den 3. Februar c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Herr Oberprediger Hertwig. — Nachm.: Herr Pred. Friedrich.

Ev. Petrikirche. Vm.: Herr Cons.-Rath Dr. Siedler.

Garnisonkirche. Vm.: Herr Div.-Pred. Bork. — Nachm.: Herr Milit.-Oberpred. Niese.

Ev. luther. Gem. Vm. u. Nachm.: Herr Pred. Böhringer.

In den Parochieen der genannten christlichen Kirchen sind in der Woche vom 25. bis 31. Januar 1850:

Geboren: 4 männl., 2 weibl. Geschlechts.

Gestorben: 4 männl., 4 weibl. Geschlechts.

Getraut: 2 Paar.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.